

Durch Zukunftswerkstätten zu mehr Bürgerbeteiligung

Ein Gespräch mit Änder Hoffmann, Sozialschöffe der Gemeinde Esch (Déi Lénk)

Die Gemeindeführung von Esch hat sich vorgenommen, die direkte Beteiligung der Bürger an der Gemeindepolitik zu fördern. Der Bürger soll stärker als bislang in die Entscheidungsfindung auf Gemeindeebene eingebunden werden. Welche Überlegungen haben den neuen Escher Gemeinderat zu diesem Ansatz bewogen?

Der Hauptgrund ist natürlich die Überzeugung, dass die alle sechs Jahre stattfindenden Wahlen für die Demokratie nicht ausreichend sind – auch dann nicht, wenn relativ konkrete Programme vorliegen, wie das bei den letzten Escher Gemeindewahlen der Fall war. Es reicht nicht, alle sechs Jahre seinen Zettel in die Urne zu werfen, wir brauchen auch eine unmittelbare Beteiligung des Bürgers.

Sind die formalen Strukturen der Gemeindedemokratie – d.h. Parteien, Wahlen, Gemeindevertreter, Gemeinderat usw. – nicht ausreichend, um die Bürger legitim zu vertreten? Wo sind die Defizite der „formalen Demokratie“ auf Gemeindeebene?

In der Parteiendemokratie besteht die Gefahr, dass die wirklichen Bedürfnisse der Bürger nicht genügend zum Ausdruck kommen. Es ist wichtig, dass die Menschen aus der Situation der Betroffenheit zu Wort kommen und ihre eigenen Vorstellungen über ihre Interessen und ihre Zukunft äußern. Das wird allein von einer parteidemokratischen Institution wie dem Gemeinderat nicht hinreichend abgedeckt.

Fehlt den Gemeindevertretern der direkte Zugang zur Bevölkerung?

Nein, aber die Beziehungen zur Bevölkerung sehen oft so aus, dass Einzelpersonen oder Vereinigungen mit Forderungen oder Beschwerden an die Gemeindeführung herantreten. Das ist ein relativ ungleicher Prozess; die Bürger sind in der Rolle des Antragstellers und der Gemeinderat darf eine bestimmte Antwort geben. Zu einer wirklich interaktiven Debatte kommt es dabei nicht oder zumindest nicht genügend. Diese Form von Dialog hat ihre Grenzen und aus dieser Überlegung heraus wollen wir eine direktere Partizipation der Bürger und Bürgerinnen an der Gemeindepolitik fördern.

Damit sind die Probleme der Demokratie natürlich nicht gelöst und auf diesen

Punkt möchte ich noch zurückkommen. Man darf sich nämlich auch in dieser Hinsicht keine übermäßigen Illusionen machen.

Können Sie uns die Initiativen vorstellen, die die Gemeinde unternimmt, um eine verstärkte Bürgerbeteiligung zu ermöglichen?

In unserem Koalitionsprogramm haben wir eine Reihe mehr oder weniger konkreten Absichtserklärungen verankert und mittlerweile schon einiges davon in die Wege geleitet.

Zunächst wollen wir bei größeren Projekten, die die Bevölkerung der ganzen Stadt oder auch nur einzelner Viertel betreffen, systematisch und prinzipiell immer informieren und konsultieren. Das ist schon bei einzelnen Projekten durchgeführt worden; zur Zeit versuchen wir das etwa im Zusammenhang mit dem schon vor den Wahlen relativ umstrittenen Bauprojekt im Viertel Wobrécken. Hier haben wir mit den Einwohnern und der Bürgerinitiative des Viertels intensiv beraten und auf Grundlage dieser Diskussionen versuchen wir das Projekt in eine endgültige Form zu bringen, mit der hoffentlich die meisten einverstanden sein könnten.

Wichtig erscheint mir auch die Aufwertung der Gemeindekommissionen, auch wenn diese nur eine konsultative Rolle spielen. Bisher waren die Mitglieder in diesen etwa 20 beratenden Kommissionen mit wenigen Ausnahmen Vertreter der Parteien, die vom Gemeinderat nach diesem Kriterium bestimmt wur-



den. Das wollen wir ändern. In einer dazu eingesetzten Arbeitsgruppe haben wir uns auf folgende Aufteilung geeinigt: Jeweils neun Mitglieder vertreten die Parteien gemäß der politischen Gewichtung im Gemeinderat, aber zusätzlich kann jede Kommission noch sechs weitere Mitglieder aufnehmen. Dabei sollen vorrangig Menschen aus der Bevölkerung zum Zuge kommen, die sich durch ihr Engagement auf dem betreffenden Gebiet auszeichnen haben. Bislang steht dies nur auf dem Papier, aber die Umsetzung kann nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Als Drittes sind die Zukunftswerkstätten zu nennen, die wir zur zukünftigen Entwicklung der Stadt Esch veranstaltet haben. Diese Initiative war insgesamt gesehen ein Erfolg – auch in den Augen der Beteiligten. Etwa siebzig Menschen haben sich in den verschiedenen Arbeitsgruppen beteiligt; moderiert wurde nicht von Gemeindeverantwortlichen sondern vor allem von engagierten Bürgern. Neben der trotzdem relativ bescheidenen Zahl an Beteiligten, haben wir aber auch feststellen müssen, dass Jugendliche unter 25 Jahren und die 40% Ausländer von Esch kaum vertreten waren.

Bei den Zukunftswerkstätten stellt sich dazu das Problem der Kontinuität, die noch nicht gewährleistet ist. Man darf nicht übersehen, dass sowohl politische Institutionen als auch der Verwaltungsapparat nach einer bestimmten Logik

funktionieren und dass die Zukunftswerkstätten diese Logik zum Teil natürlich durchbrechen. Wir müssen aber unbedingt dafür Sorge tragen, dass die Initiative nicht einen einmaligen Charakter behält.

Der vierte Punkt, bei dem wir unbedingt aktiv werden wollen, ist die Frage der politischen Partizipation der ausländischen Bevölkerung. Wir haben gewisse Ideen, wie wir in diesem Bereich vorankommen können, aber alles ist noch im Stadium der Vorbereitungen.

**"Wer partizipiert überhaupt?
Wer hat die Fähigkeit und die Voraussetzungen, um zu partizipieren und wer fühlt sich zur Partizipation motiviert?
Man wird feststellen, dass sich in den Formen partizipativer Demokratie die Ungleichheiten widerspiegeln, die in der Gesellschaft vorherrschen und die vorpolitischen Charakters sind."**

Ein letzter Punkt, der sich indirekt auf die Frage der Gemeindedemokratie bezieht, ist das Bürgeramt, das wir jetzt einführen wollen und das nicht nur dem Bürger als „guichet unique“ für jegliche Verwaltungsangelegenheiten dienen soll, sondern auch als Anlaufstelle für Beschwerden und Vorschläge.

Wozu diente das Sozialforum, das die Gemeinde im Herbst organisiert hatte?

Wir haben im November auf Anregung der Sozialkommission zum ersten Mal die „Assises sociales“ veranstaltet. Für mich war dies ein gelungenes Beispiel von Bürgerbeteiligung. Etwa 100 Personen, die an die 30 Organisationen vertraten, haben teilgenommen. Auch dort haben wir uns an Menschen gewandt, die auf dem Terrain der Sozialpolitik aktiv sind. Die Akteure sollten zusammenkommen, Ideen austauschen und prüfen, wo Koordination untereinander noch mangelhaft ist. Wir wollten gleichzeitig ein Inventar der Instrumente machen, die im Bereich der Sozialpolitik auf Gemeindeebene zur Verfügung stehen. Aus den vier Ateliers haben sich in der Folge vier ständige Arbeitsgruppen gebildet, die vor dem Sommer erstmals Bilanz ziehen werden. Diese Initiative soll also weitergehen, möglicherweise auch in einer strukturierten Form, als eine Art zivilgesellschaftlich orientierten „Conseil local d'action sociale“.

Wir haben über die „Assises sociales“ aber eine differenzierte Bilanz gezogen: Einerseits kamen erwartungsgemäß noch zuwenig konkrete Ergebnisse heraus und andererseits waren in diesem Stadium die eigentlich Betroffenen noch gar nicht eingeladen. Auch hier stößt man wieder auf die Frage: Was heißt eigentlich Partizipation, wenn nur die Professionellen und nicht die Betroffenen dabei sind?

Die Parteien galten während Jahrzehnten als die Strukturen, die sowohl politisches Personal als auch Kompetenzen kanalisieren. Sind Ihre Initiativen nicht ein Zeichen des Mißtrauens gegenüber der Parteiendemokratie? Können die Parteien die Rolle der politischen Willensbildung nicht mehr erfüllen?

Man muß nicht gleich von Mißtrauen sprechen; es genügt, wenn man feststellt, dass die Logik der Parteiendemokratie begrenzt ist. Es gibt außerhalb der Parteien ein großes Demokratiepotential z.B. in den Organisationen der Zivilgesellschaft oder einfach bei engagierten Personen. Auch jene, die sich nicht in Parteien einbinden wollen, sollten Möglichkeiten finden, um sich politisch einzubringen.



Ist das wirklich noch Bürgerpartizipation oder nicht doch nur die Partizipation der sowieso schon politisch Engagierten?

Ja, auch bei der sogenannten partizipativen Demokratie scheint man nicht um eine Art der Delegation herumzukommen. Auch wenn man diese Delegation nicht fördert, stellt sie sich von selbst ein – gewissermaßen naturwüchsig. Man muß nur unbedingt verhindern, dass sich das verfestigt in neuen Formen ... die dann den Parteistrukturen sehr ähnlich sein können.

Die grundsätzliche Frage ist aber eine andere: Wer partizipiert überhaupt? Wer hat die Fähigkeit und die Voraussetzungen, um zu partizipieren und wer fühlt sich zur Partizipation motiviert? Man wird feststellen, dass sich in den Formen partizipativer Demokratie die Ungleichheiten widerspiegeln, die in der Gesellschaft vorherrschen und die vopolitischen Charakters sind. Dies sind nicht nur materielle und finanzielle Ungleichheiten, auch Bildungsfragen oder Zeitverfügbarkeit spielen hier eine Rolle.

Es hat schon immer Formen partizipativer Demokratie gegeben, z.B. die Gewerkschaftsbewegung. Sie hat relativ homogene, große Gruppen organisiert und aus der Kraft dieser Zusammenschlüsse Forderungen gestellt, die im Rahmen der parlamentarischen Demokratie von den Parteien aufgenommen oder abgelehnt wurden.

In dieser Hinsicht hat sich die Gesellschaft aber verändert: Die großen homogenen Gruppen sind Vergangenheit und es besteht ein gewisser sozialer Druck zur Individualisierung (die natürlich auch ihr Positives hat). Dieser Druck kann aber auch zur Atomisierung der Individuen führen, die dann auf sich allein gestellt sind. Die partizipative Demokratie kann in dem Zusammenhang zu einem Feigenblatt werden: Man tut so, als ob sich die Individuen gleichberechtigt an den Entscheidungen beteiligen können – was aber nicht der Wirklichkeit entspricht.

Man sollte über die partizipative Demokratie also keinen ideologischen Schleier werfen und sich einreden, als ob mit ihr DIE Demokratie verwirklicht wäre, da jedes Individuum ja daran teilnehmen könnte. Der Begriff der Zivilgesellschaft

muss relativiert werden: Die Individuen sind nicht gleich – und gerade die Benachteiligten sind von der Partizipation häufig ausgeschlossen. Dies gilt auch auf der kleinen Ebene kommunaler Entscheidungen. Nehmen wir ein konkretes Beispiel: Wenn ein Projekt sozialer Wohnungen oder gar ein Flüchtlingsheim in einem bestehenden Viertel gebaut werden soll, wer ist dann der partizipierende Bürger, wer soll an der Debatte teilnehmen: nur die ansässigen Einwohner oder auch jene, die auf Wohnungssuche sind? Das ist das Problem der partizipativen Demokratie. Man muss sich deshalb ständig fragen, wie man die benachteiligten Gruppen in die Entscheidungsfindung einbringt.

Wie wollt Ihr gewährleisten, dass die in den Arbeitsgruppen vorgebrachten Ideen auch tatsächlich Einfluss auf die Gemeindepolitik haben? Handelt es sich nicht einfach um einige weitere „Konsultationsmechanismen“, die hier geschaffen werden?

Ich werde darauf nicht euphorisch antworten. Wir machen hier nicht eine demokratische Revolution, wir sind auch nicht in Porto Allegre.

Der Erfolg hängt vom politischen Willen ab, ob man wirklich in diese Richtung gehen möchte und den Ansatz nicht als Belästigung versteht. Ich wiederhole noch einmal, dass von der Logik der Institutionen aus die Bürgerbeteiligung oft als Belästigung angesehen werden kann. Außerdem hängt der Erfolg ja auch von den Spielräumen ab, die der Gemeinde selber gesetzt sind: das sind die finanzielle Grenzen oder auch die politischen Spielräume. Hier kann man die Industriebranchen als Beispiel anführen: das Gewicht der Gemeinden ist relativ begrenzt.

Gibt es auf Seiten der Gemeindebeamten und -angestellten Widerstände zu überwinden?

Für mich gehört das Gemeindepersonal auch zu den Bürgern der Stadt, deshalb will ich die eine Gruppe nicht gegen die andere ausspielen. Ich spreche deshalb nur von der Logik der Institutionen. Es ist eine selbstverständliche Erscheinung, dass eine Verwaltung von ihrem Fachwissen und ihrer Kompetenz überzeugt ist und die Dinge am liebsten direkt mit den politisch Verant-

Es gibt sie noch, ...



**Bücher im Versand
Libreria um Krautmarkt**

**Die Libreria um
Krautmarkt hat sich
in eine Versandbuchhandlung
umgewandelt.**

Unter Profil aber ist sie:

- Spezialisiert auf
deutschsprachige Science
- kostenlose Beratung
- Regelmäßige Informationen
auch über aktuelle
Kommunikation
- Selbstständige Beratung
auch von Freunden für
- Herstellung der Buchungen
direkt

So erreichen Sie uns:

www.krautmarkt.lu

tel. 00352 22 00 44

tel. 00352 22 00 44

an 1 1000 1000 (1000 Stunden)

22 00 44

per Fax 00352 22 00 44

22 00 44

an den Kunden

**krautmarkt@
krautmarkt.lu**

Libreria um Krautmarkt

1000 Stunden - 1 1000 Stunden



"Die offene, konfliktuelle Auseinandersetzung von unterschiedlichen Auffassungen und konträren Interessen muss im öffentlichen Raum ausgetragen werden. Das ist für mich der lebendige Kern der Demokratie."



wortlichen umsetzt. Und es ist eigentlich auch ganz normal, wenn eine solche Verwaltung sich gegenüber Interventionen von außen abschirmen möchte, denn sie wird annehmen, dass diese weniger kompetent sind. Auch ein Lehrer würde sich ungern von seinen Schülern oder von den Eltern vorschreiben lassen, wie er seinen Unterricht gestalten soll. Diese Logik ist zu einem gewissen Grad berechtigt. Man muss also versuchen, die Kompetenzen der Verwaltung und die der Bürger einander näherzubringen. Bei den Zukunftswerkstätten gelang es zum Teil, Bürger, Gemeindeverwaltung und politisch Verantwortliche gemeinsam in die Arbeit einzubinden.

Das Beamtenstatut ist ja auch eingerichtet worden, um Kompetenzen desinteressiert einzusetzen.

Richtig. Die Gefahr, dass in der partizipativen Demokratie das Allgemeininteresse auf Kosten von Partikularinteressen Schaden nimmt, ist natürlich vorhanden. Wobei man sich fragen könnte, ob es ein Allgemeininteresse in diesem Sinne überhaupt gibt...

Es gibt ein weiteres, das zu beachten ist: die Formen der partizipativen Demokratie dürfen nicht zu einer Behinderung der konfliktuellen, öffentlichen und offenen Debatte werden. Es genügt nicht die Vertreter der Zivilgesellschaft zu einem bestimmten Punkt einzuladen und dann relativ schnell zu einem Ergebnis zu kommen, um dann zu sagen, man habe sich ja mit den Bürgern auseinandergesetzt. Der offene, kon-

troverse Austausch muß stattfinden! Die Formen partizipativer Demokratie dürfen nicht in weichen Konsensus oder unangefochtene Mehrheitsentscheidungen ausarten. Die offene, konfliktuelle Auseinandersetzung von unterschiedlichen Auffassungen und konträren Interessen muss im öffentlichen Raum ausgetragen werden. Das ist für mich der lebendige Kern der Demokratie.

Bei diesen neuen Ansätzen ist doch auch ein Teil „Show“ dabei ... Es geht doch auch ein bißchen um das neue Image von Esch?

Ja, ohne Zweifel. Es gibt da wahrscheinlich unterschiedliche Gewichtungen innerhalb der jetzigen politischen Konstellation in Esch; für die einen liegt der Schwerpunkt vielleicht eher auf der Imagefrage, für die anderen eher auf einer kontinuierlichen, weni-

ger medienwirksamen, aber tiefer greifenden Entwicklung.

Allerdings ist auch die Imagefrage keine so nebensächliche Frage. Für Esch, das lange Jahre nur seine Probleme in den Vordergrund gestellt hat, ist es wichtig, auch die Potentiale und das heißt die Potentiale seiner Bevölkerung hervorstreichen und zu fördern. Wir dürfen nicht mehr nur über die verlorenen Arbeitsplätze klagen, wir müssen positiv in die Zukunft blicken, um sie auch positiv zu gestalten, also zum Beispiel neue Arbeitsplätze schaffen. Das Bild und die politische Botschaft, die wir auf diese Weise vermitteln, müssen natürlich mit der Praxis übereinstimmen, sonst ist die Glaubwürdigkeit schnell verspielt.

Das Gespräch mit André Hoffmann fand am 9. März statt. (JST)

POLYGONE

Les polyvalents

Centre de formation et de recherche de la Ville de Lausanne

09 20 05

Centre de formation et de recherche de la Ville de Lausanne

09 20 05

Centre de formation et de recherche de la Ville de Lausanne

09 20 05